

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Bildung als kommunale Aufgabe. Der Schlüssel liegt vor Ort!

Unsere Städte und Gemeinden sind Bildungsorte. Bildung ist eine kommunale Aufgabe.

Etwa ein Drittel des gesamten Haushalts einer hessischen Gemeinde wird für Aufgaben verwendet, die einen Bezug zum Thema Bildung haben. Das umfasst die Schulumlage, die an den Schulträger abzuführen ist, über die Ausgaben für die frühkindliche Bildung und Betreuung (U3 und Ü3), bis zur Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit, Musik- und Kulturvereinen, Bibliotheken und vieles mehr.

Doch meist fehlt ein übergreifendes Bildungskonzept in den Kommunen. Die wenigsten Städte und Gemeinden haben ein „Bildungs-Leitbild“, in dem alle Bedarfe, Angebote und Einrichtungen sowie deren Qualität systematisch erfasst, bewertet und fortentwickelt werden.

Dabei ist Bildung die zentrale Frage für unsere Gesellschaft

Bildung ist mehr als Schule, mehr als Lernen für die berufliche Zukunft. Bildung ist grundlegend für das Leben jedes Einzelnen.

Bildung umfasst die Entwicklung und Entfaltung der individuellen Persönlichkeit eines jeden Menschen in intellektueller, ethischer und ästhetischer Hinsicht, wie der preußische Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt schon Anfang des 19. Jahrhunderts formulierte.

Erst Bildung befähigt uns Menschen, frei entscheiden zu können, am gesellschaftlichen Leben – in sozialer, kultureller, materieller und nicht zuletzt politischer Hinsicht – teilhaben zu können. Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung, um Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können und um ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Bildung im Sinne Humboldts hat das Bild eines „Weltbürgers“ vor Augen, der nicht zurückgezogen lebt, sondern Anteil an den großen Menschheitsfragen nimmt, sich für den friedlichen Austausch zwischen den Kulturen, Religionen und Völkern einsetzt und Verantwortung für die Natur übernimmt.

Humboldts umfassendes Verständnis von Bildung ist heute so aktuell wie seinerzeit.

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

In unserer offenen, wissenschaftsbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft ist Bildung wichtiger denn je. Sie ist die Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und sozialer, kultureller, materieller und politischer Teilhabe.

Bildung ist die Voraussetzung für Integration von Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und davon, ob sie schon lange in unserem Land leben oder erst neu in die deutsche Gesellschaft gekommen sind. Der Wohlstand unserer Gesellschaft hängt entscheidend von ihrem Bildungsniveau ab. Unser demokratisches Gemeinwesen und die Akzeptanz von Recht und Gesetz setzen umfassend gebildete Menschen als souverän handelnde Individuen voraus.

Bildung ist Chancengerechtigkeit und sozialer Frieden

Geringe Bildung gehört heute zu den größten Risikofaktoren, um von Armut (Einkommen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens) betroffen zu werden und nicht oder nur teilweise den eigenen Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können.

So sind nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (2014) heute rund 31 Prozent der Geringqualifizierten (Personen ohne Berufsausbildung mit maximal Realschulabschluss) durch Armut gefährdet. Vor zehn Jahren waren dies nur 23 Prozent.

Geringe Bildung und geringes Einkommen sind treibende Faktoren für Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und der Beurteilung unseres demokratischen Wertesystems und der Beteiligung an politischen Prozessen.

Politischer und religiöser Extremismus sind auch Anzeichen für Versäumnisse im Bereich der Bildung. Fehlen Angebote zur Teilhabe, Integration und sozialen Aufstieg, nehmen auch die destruktiven Tendenzen in unserer Gesellschaft zu.

Frühkindliche Bildung:

Besonders Kinder sind gefährdet, durch die materielle Not der elterlichen Haushalte schon in den ersten Lebensjahren den Anschluss zu verlieren und zu dauerhaften „Bildungsverlierern“ zu werden.

Das Angebot und die Qualität frühkindlicher Bildung sind entscheidend, um Chancengleichheit von Anfang an zu ermöglichen und zwar möglichst unabhängig vom Einkommen der Eltern.

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung (2015) zu den Ergebnissen von Schuleingangsuntersuchungen hat gezeigt, dass armutsgefährdete Kinder schon beim Schuleintritt deutlich benachteiligt sind, insbesondere in den Bereichen der Sprachbeherrschung, Konzentrationsfähigkeit und Körperkoordination.

Bildung ist Integration von Flüchtlingen:

Der Zustrom an Flüchtlingen - allein für dieses Jahr rechnen Fachleute mit mehr als einer Million Menschen – stellt unsere Gesellschaft vor gewaltige Herausforderungen. Dabei spielt die Bildung eine zentrale Rolle.

Der Erwerb der deutschen Sprache, die Vermittlung von Normen und Werten als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben, die Befähigung für berufliche Ausbildung und Arbeit sind nur durch die Fokussierung auf Bildung und eine klare Prioritätensetzung zu Gunsten der Bildung erreichbar.

Bedarfe und Anforderungen an „kommunale Bildung“:

Für die **frühkindliche Entwicklung** im Bereich der Kindertagesstätten für Kinder unter drei Jahren (U3) und für Kinder über drei Jahren (Ü3) sowie in der Kindertagespflege (Tagesmütter) sind in der Verantwortung der Gemeinden und sowie der Landkreise als örtliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Im Rahmen der gesetzlichen Standards entscheidet die Gemeinde, wie viele Plätze für Kinder angeboten werden, welche Betreuungszeiten gelten, welches pädagogische Profil umgesetzt werden soll, wo die Standorte sind, wie die Gebäude baulich eingerichtet sind und wie teuer die Betreuungsplätze für die Eltern letztlich sind.

Damit haben die Gemeinden den entscheidenden Schlüssel in dem wichtigen Bereich der frühkindlichen Bildung in der Hand. Für die **Startchancen der Kinder**, die Entwicklung der Sprache und grundlegender sozialer, emotionaler und kognitiver Fähigkeiten, ist die Phase bis zur Einschulung von größter Bedeutung.

Doch viele Gemeinden sind sich dieser Verantwortung nicht ausreichend bewusst. Stattdessen klagen Bürgermeister oft und gerne über die finanziellen Belastungen in diesem Bereich, der für die Entwicklung unserer Gesellschaft ganz maßgeblich ist.

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Die Trägerschaft für die öffentlichen **Schulen** liegt bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. In Schulentwicklungsplänen sollen Profile und Standorte geplant werden.

Auch wenn die innere Schulverwaltung Aufgabe des Landes ist, haben die Landkreise und die Gemeinden eine große Verantwortung für ihre Schulen. Die **Integration der „Schule“** in das **Leben vor Ort**, die Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten, die Vernetzung mit Vereinen, anderen Bildungseinrichtungen und den Unternehmen und Arbeitgebern vor Ort, ist ohne eine maßgebliche Rolle der Gemeinden nur schwer erfolgreich zu realisieren. Insbesondere auch, wenn es um die Abstimmung der Sozial- und Jugendarbeit und die Umsetzung sozialräumlicher Konzepte und um Stadt- und Quartiersentwicklung geht.

Die privaten Schulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Schulvielfalt und zur Vielfalt der pädagogischen Konzepte. Die Einbindung der privaten Schulen und ihrer Träger in die örtliche Gemeinschaft ist eine wichtige kommunale Aufgabe.

Für Mittelzentren, die Standort weiterführender Schulen sind, ist die Eigenschaft eine „Schulstadt“ zu sein, von großer Bedeutung für die gesamte Entwicklung der Kommune. Schulen sind ein wichtiger **sozialer Ort** und bieten viele Arbeitsplätze für Lehr- und Servicekräfte.

Die räumliche Nähe zu Schulen und die Vielfalt des schulischen Angebotes steigern die Attraktivität einer Stadt, insbesondere natürlich für junge Familien, die nach einem Lebensmittelpunkt suchen und über die Anmietung oder den Kauf von Wohneigentum nachdenken.

Gerade im ländlichen Raum ist es für Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen eine große Herausforderung geeignete Auszubildende und Nachwuchskräfte zu gewinnen. Die Kooperation von Schulen mit örtlichen Unternehmen ist auch aus diesem Grund für die wirtschaftliche Entwicklung einer Kommune nachhaltig bedeutsam.

Eine **wohnortnahe Berufsausbildung** wird in vielen Bereichen immer schwieriger. Zurückgehende Schülerzahlen führen oft zu einer Konzentration von Berufsschulklassen an wenigen Standorten und damit zu langen Wegen und einem materiellen und zeitlichen Mehraufwand für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe.

Deshalb ist es im Eigeninteresse einer Kommune oder mehrerer Kommunen einer Region im Bereich der Berufsausbildung Konzepte zu entwickeln, die eine wohnortnahe, möglichst dezentrale Ausbildung ermöglichen. **E-Learning-Angebote** und bei-

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

spielsweise **virtuelle Prüfungszentren** in Rathäusern können hier einen konkreten Beitrag leisten.

Der Trend zur (politisch gewollten) Akademisierung beschert den Hochschulen und Universitäten immer mehr Studenten, während die klassische Berufsausbildung unter Druck gerät. **Duale Studiengänge** sind eine kluge Möglichkeit, die Vorteile der praxisbezogenen Ausbildung mit hochschulbezogenen Lerninhalten und Abschlüssen zu verbinden.

Gerade für mittelgroße Kommunen, die kein Hochschulangebot vor Ort haben, ist es sehr wichtig, solche dualen Studiengänge bzw. Zweigstellen von Trägern anzusiedeln. Damit lässt sich einerseits der **Abwanderung** junger **Schulabsolventen** in die Ballungsräume entgegenwirken und andererseits die Versorgung der regionalen Wirtschaft mit **qualifizierten Fachkräften** verbessern.

Als auch im Themenfeld Berufsausbildung kommt den Kommunen also eine tragende Rolle zu. Sie können Angebote und Bedarfe ermitteln und zusammenführen sowie bei der wichtigen Frage geeigneter Standorte sowie dem Marketing für duale Studiengänge maßgeblich beitragen.

Ähnlich wie bei der Frage dualer Studiengänge, ist es im Eigeninteresse der Hochschulstädte, die **Hochschulen als Entwicklungszentren** für die gesamte regionale Entwicklung zu verstehen.

Dazu braucht es ein modernes stadtplanerisches Konzept für die Hochschulen, beispielweise auch um für ausreichend Wohnraum im Umfeld zu sorgen oder **innovativen Unternehmen** und **Start-ups**, die sich im Umfeld der Hochschulen **gründen**, ein attraktives Angebot für die Ansiedlung und Weiterentwicklung zu machen.

Der gesamte Bereich der **Integration von Migranten** und insbesondere **Flüchtlingen** ist eine kommunale Aufgabe. Sprachkurse werden gegenwärtig vor allem durch die kommunalen Volkshochschulen durchgeführt. Wegen der großen Zahl der Flüchtlinge werden die bisherigen Strukturen, die materielle und personelle Ausstattung sowie die Räumlichkeiten nicht mehr ausreichen.

Wenn Integration gelingen soll und wenn der Erwerb der Sprache eine zentrale Bedingung dafür ist, müssen die Kommunen mit aller Kraft an der Verbesserung der Angebote arbeiten.

So können Räumlichkeiten der Gemeinde, z.B. Dorfgemeinschaftshäuser, für Sprachkurse für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden. Auch bei der

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Gewinnung der Sprachlehrer sollten vor allem Lehrkräfte aus der Gemeinde vor Ort eingebunden werden. Das hilft nicht nur Aufwand zu reduzieren, sondern erleichtert auch den sozialen Zugang der Flüchtlinge in die Ortsgemeinschaft.

Ähnliches gilt bei der Zusammenarbeit mit Flüchtlingsinitiativen und Vereinen. Hier spielt die Kommune als koordinierende Stelle die maßgebliche Rolle.

Ein kommunales Bildungskonzept muss auch den Bereich der Kultur und Künste umfassen. **Kultur und Kunst** sind für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung, für die Vermittlung von Werten und Förderung von Fähigkeiten wichtig, auch wenn sie keinen unmittelbar messbaren Ertrag erzielen. Unsere Städte und Gemeinden unterhalten Museen und Musikschulen, sie fördern Theatergruppen, Malwerkstätte, Gesangs- und Heimatvereine.

Nur gilt es, diese Angebote auch in ein **Gesamtkonzept „Bildungsort Kommune“** einzubinden.

Entscheidend für den Erfolg eines solchen **Leitbildprozesses** ist es, die privaten Akteure, die Bürger, Vereine und Initiativen für eine Mitarbeit zu gewinnen. Die Bürger sollen bestimmen können. Auf sie kommt es an.

Es geht nicht darum, neue Stellen in der Kommunalverwaltung zu schaffen und langatmige Konzepte für den Papierkorb zu schreiben. Im Mittelpunkt muss immer aktives Handeln stehen und die Einbindung und Fokussierung auf die ehrenamtlich Engagierten.

In den Leitbildprozessen für die jeweilige Kommune vor Ort können im ersten Schritt die **(1.) Bedarfe, (2.) Angebote, (3.) Einrichtungen** und deren **(4.) Qualität systematisch erfasst** und analysiert werden, um dann im zweiten Schritt **Ziele zu definieren**, wie sich Angebote, Qualität, Einrichtungen, Träger, Standorte usw. entwickeln sollen.

Die **Kommunalverwaltung** soll diese Prozesse **unterstützen**, aber nicht dominieren, sie soll beitragen, aber nicht bestimmen.

Am Ende sollen durch den Leitbild-Prozess viele Bürger und ehrenamtlich Aktive gewonnen werden, sich zu beteiligen, sich für Bildung und die sich daraus ergebenden Chancen zu begeistern.

Wenn nicht nur die Mitglieder im Musikverein stolz sind auf den Verein, wenn nicht nur Eltern sich für Qualität in den Kindertagesstätten stark machen, sondern auch Leute, die keine Kinder in den Einrichtungen haben, dann hat

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Bildung, und alles was damit verbunden ist, einen großen Stellenwert. Genau den Stellenwert braucht es, um die großen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu gestalten.